

M 361/2005 GEF

## Motion

Schärer, Bern (GB)

Weitere Unterschriften: 4

Eingereicht am: 22.11.2005

### **Schritt für Schritt zu einem attraktiven Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung**

Der Regierungsrat wird beauftragt, für das Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung (Kindertagesstätten, Tagesschulen, Mittagstische, Tageseltern) eine Planung vorzunehmen, so dass das Angebot schrittweise unter Berücksichtigung der finanziellen Mittel ausgebaut werden kann.

#### Begründung

Im Kanton Bern gibt es zu wenig Angebote für familien- und schulergänzende Betreuung. Die Nachfrage nach Kindertagesstätten, Tagesschulen, Mittagstischen, Tageseltern ist gross. Längst nicht mehr nur in den Städten und Agglomerationen, sondern auch in vielen Gemeinden braucht es mehr Plätze. Eine neue Nationalfondsstudie „Wie viele Krippen und Tagesfamilien braucht die Schweiz?“ hat für die Schweiz allein im Vorschulbereich 50'000 fehlende Plätze berechnet.

Die Angebote der familienbegleitenden Kinderbetreuung sind eine gemeinsame Aufgabe des Kantons und der Gemeinden. Die Finanzierung erfolgt über Elternbeiträge, Leistungen der Gemeinden und über den kantonalen Lastenausgleich.

Inzwischen verfügt der Kanton über eine gewisse Steuerung: bevor neue Angebote in den Lastenausgleich aufgenommen und vom Kanton mitfinanziert werden, müssen diese punkto Qualität und Tarife die Kriterien der neuen Verordnung über die Angebote zu sozialen Integration (ASIV) erfüllen. Trotzdem ist es so, dass der Kanton nicht alle Projekte in den Lastenausgleich aufnehmen kann, da die dazu benötigten finanziellen Mittel fehlen.

Der Grosse Rat hat im Januar 2005 die Motion Ochsner, Schärer, Streiff-Feller angenommen. Die Motion beauftragte den Regierungsrat, zusätzliche Mittel zur Verfügung stellt, um das Moratorium für neue Plätze in der familienergänzenden Kinderbetreuung aufzuheben, welches der Regierungsrat aus finanziellen Gründen im Juni 2004 verhängte. Die Entwicklung zeigt, dass diese zusätzlichen Mittel nicht ausreichend waren, um 2005 alle von den Gemeinden geplanten neuen Angebote in den Lastenausgleich aufzunehmen. Faktisch bleibt das Moratorium also zumindest teilweise weiterhin bestehen.

Der Kanton Bern hat ein grosses Interesse daran, mittelfristig für diese unbefriedigende Situation eine Lösung zu finden. Schliesslich ist der Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote auch als umzusetzende Massnahme in der Strategie zur Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums im Kanton Bern enthalten. Damit wir dieses Ziel auch tatsächlich erreichen, benötigen wir darum für die Zukunft eine zielgerichtete Planung für den schrittweisen Ausbau und den vernünftigen Einsatz der finanziellen Mittel.